

Tafeln benötigen dringend Spenden

Mitglieder der LINKEN sowie Sozialverbände haben im April zu Spenden für die Tafeln in Märkisch-Oderland aufgerufen und erhielten große Resonanz. Für die Verteilung von Lebensmitteln in der gegenwärtig angespannten Zeit der Corona-Pandemie benötigen die Ausgabestellen in Bad Freienwalde, Hoppegarten, Rüdersdorf, Seelow, Strausberg und Wriezen dringend Unterstützung. Schließlich sind immer mehr Bedürftige auf Hilfen von den Tafeln angewiesen, vor allem Senioren und Kinder.

Lebensmittelspenden von Supermärkten sind anfangs zurückgegangen. Zudem hat die Bundesagentur für Arbeit die von ihr für die Tafel zugeordneten

Hilfskräfte, bis auf weiteres abberufen. Einige der vorübergehend Beschäftigten halfen weiterhin und verzichteten dabei auf ihre ohnehin niedrige Entlohnung.

Ehrenamtliche des Sozialen Zentrums Horte Strausberg und der LINKEN unterstützen zudem die täglichen Essenstransporte.

Die Sparkasse Märkisch-Oderland stellte mit einer Spende u. a. die Reparatur defekter Technik der Tafel Strausberg sicher.

In Seelow übergaben Genossinnen und Genossen der örtlichen Tafel Lebensmittel-, Geld- und Sachspenden.

Allein 930 Euro haben die Mitglieder

der Linksfraktion des Kreistages für die Tafeln im Landkreis gespendet. Fraktionsvorsitzender, Uwe Salzwedel, betonte: „Die Zahl der Menschen, die die Essensangebote regelmäßig in Anspruch nehmen, ist bundesweit innerhalb eines Jahres um zehn Prozent gestiegen. Gerade in den ostdeutschen Bundesländern sind es immer mehr Menschen, die ohne diese Hilfen nicht über den Monat kommen. Die Nachfrage erhöht sich immens – auch in Brandenburg. Das ist in einem der reichsten Länder der Welt eine Schande.“ Leider werden Spenden, aktive Mitarbeit und Fördermitgliedschaften im Arbeitslosenverband noch immer dringend benötigt.

Renate Adolph

Gedenken der Opfer und Dank den Befreierern

„Für uns Antifaschisten ist der Tag der Befreiung vor 75 Jahren Mahnung und Pflicht zugleich. Wir stellen uns aktiv und solidarisch an die Seite aller, die gegen Faschismus, Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus kämpfen“, unterstrich der Vorsitzende der Linksfraktion im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter, in der Gedenkstätte Seelower Höhen am 8. Mai. „Dieser Gedenktag ist ein Tag der Befreiung vom Faschismus, was

denn sonst“, sagte er.

So wie in Seelow gedachten Mitglieder der LINKEN Märkisch-Oderland zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern in zahlreichen Orten an sowjetischen Ehrenmalen und weiteren Gedenkortern der rund 60 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges, u. a. in Letschin im Oderbruch, in Bad Freienwalde, Müncheberg, Buckow, Strausberg, Petershagen/Eggersdorf und bis hin in Altlandsberg an der Berliner Stadtgrenze. Ihr besonderer Dank galt der Ro-



8. Mai 1945 in Paris

ten Armee, die die Hauptlast zur Beendigung des mörderischen Krieges getragen hat.

In Strausberg gingen zahlreiche Menschen im Gedenken mit roten Nelken von der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in der Großen Straße zum einige hundert Meter entfernten Ehrenhain der Opfer des Faschismus und legten hier die Blumen nieder.

An den Gedenkplatten auf dem Marktplatz von Altlandsberg gedachten Einwohner der Stadt zusammen mit Mitgliedern der Linkspartei aus benachbarten Gemeinden sowie des VVN - Bund der Antifaschisten mit einer Schweigeminute der unzähligen Opfer der Nazidiktatur und legten Blumensträuße und Kränze nieder.



Gedenkstätte „Seelower Höhen“, Foto: A. Fortunato

Gedanken zum Mai 2020



Carsten Wenzel

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Dieses Gelöbnis ging als Schwur der Häftlinge von Buchenwald in die Geschichte ein!

Im 75. Jahr nach diesem Gelöbnis leben wir in einem Staat und einer Gesellschaft, dessen Gesetze darauf ausgerichtet sind, möglichst billige und austauschbare Arbeitsplätze zu schaffen und somit den Profit für wenige zu maximieren!

Die oft bemängelte Ellenbogengesellschaft zeichnet sich zunehmend durch fehlende Solidarität zwischen den Menschen, Mobbing und übermäßigen Leistungsdruck aus. Der Arbeitslohn bzw. die Altersabsicherung reichen für viele gerade für ein Leben an der Armutsgrenze. Eine deutlich höhere Belastung tragen in dieser Gesellschaft oft die Frauen, die neben der Lohnarbeit den wesentlichen Teil der häuslichen Absicherung zu leisten haben – und das oft bei mangelnder öffentlicher Anerkennung und geringerer Bezahlung.

Viele Menschen werden auf Grund ihrer Herkunft und ihres Status nicht in unsere Gesellschaft integriert. Sie bekommen die Diskriminierungen täglich zu spüren.

Die derzeitige gesellschaftliche Krise wurde durch keinen Virus verursacht. Sie wurde durch diesen nur für alle sichtbar und fühlbar gemacht.

Uns wird gesagt, dass dieses System alternativlos sei, dass der Wohlstand dieser Welt nicht für alle reiche, dass wir hungernde Kinder auch in unserem Land akzeptieren müssten. Aber zugleich erleben wir eine Lebensmittelverschwendung großen Ausmaßes. Wir verfügten ange-

lich nicht über genügend bezahlbaren Wohnraum. Es besteht aber Leerstand an Wohnungen, weil auf höhere Mieten spekuliert werden darf und Wohnraum knapp und Mieten künstlich hochgehalten werden.

Wir leben in einem Europa, in dem wieder der wirtschaftliche Wert eines Menschen darüber entscheidet, welche medizinische Behandlung er erfährt, weil ein humanes Gesundheitswesen einer kontinuierlichen Profitmaximierung gewichen ist!

Wir befinden uns in einer gesamtgesellschaftlichen Krise. Dazu gehört, dass die Schere zwischen arm und reich immer größer wird.

Um einen relativen Wohlstand in unserem Land zu erhalten, wird die Umwelt beschädigt ohne Rücksicht auf nachfolgende Generationen. Jugendliche, die sich für notwendigen Klimaschutz einsetzen, werden als Schulschwänzer beschimpft.

Um die verbleibenden Ressourcen in anderen Regionen der Welt für uns zu sichern, beteiligt sich Deutschland wieder an Kriegen bzw. verkauft Waffen in Krisenregionen. Unser Reichtum basiert auf der Knechtung anderer Völker und hat wenig mit globaler Zusammenarbeit zu tun.

Für die Zukunft unserer Kinder!

Das ist nicht die Welt, die den Buchenwaldhäftlingen nach ihrer Befreiung vorschwebte. Wir konnten in diesem Jahr am 1. und 8. Mai nicht wie in anderen Jahren unsere Stimme erheben und unsere Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen kundtun. Wir setzten uns dennoch hörbar dafür ein, dass der 8. Mai, der Tag der Befreiung vom Faschismus in Zukunft deutschlandweit ein gesetzlicher Feiertag und nicht weiter zum „Ende des

Krieges“ herabgewürdigt wird.

Wir protestierten dagegen, dass NATO-Soldaten, darunter auch deutsche Kontingente, weltweit wieder in den Krieg ziehen und Manöver an der russischen Grenze durchführen. NATO-Strategen denken wieder über die Machbarkeit eines territorial geführten Atomkrieges nach! Und da will Deutschland dabei sein.

Da passt es doch, dass sich die Mehrheit der Strausberger Stadtverordneten in namentlicher Abstimmung gegen den Antrag der LINKEN für einen Beitritt der Stadt zum Kreis der bundesdeutschen Städte, die sich für weltweite atomare Abrüstung einsetzen, ausgesprochen hat.

Zudem, der faschistische Sumpf ist nach 75 Jahren immer noch nicht trockengelegt.

Uns wird täglich vorgebetet: „es gebe keine Alternative“, eine solidarische, auf Allgemeinwohl basierende Welt sei Utopie!

Doch zeigen in der Vergangenheit geführte Kämpfe, derer wir im Mai besonders gedenken, dass man diesem kapitalistischen, militaristischen und rassistischen System Grenzen setzen kann und muss! Und damit müssen wir jetzt anfangen.

Wir müssen aufstehen gegen Krieg, Rassismus und gegen immer stärker werdende faschistische Kräfte, für eine bessere Welt in Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, so wie von den AntifaschistInnen vor 75 Jahren erträumt.

Wir sollten uns später nicht selbst vorwerfen oder von anderen vorwerfen lassen müssen, nichts gegen heraufziehende Gefahren und aktuellen Bedrohungen getan zu haben.

Carsten Wenzel
Strausberg



Linksfraktion will Verrechnung nicht genutzter Schülerfahrten

Unter außergewöhnlichen Umständen beriet die Linksfraktion des Kreistages Ende April die Situation während der Corona-Krise in Märkisch-Oderland. Der Quappenhof in Quappendorf bei Neuhardenberg, Heimstätte des Vereins „Kultur auf dem Lande e. V.“, bot den Abgeordneten dafür genügend Abstand zueinander. Dass auch auf dem Vierseitenhof zurzeit keine der sonst vielbesuchten kulturellen Highlights stattfinden können, war zudem ein Anknüpfungspunkt für die Beratung der LINKEN.

Sie verständigten sich darüber, noch vor dem nächsten Kreistag im Juni, bereits auf der Sitzung des Kreisausschusses am 6. Mai von der Kreisverwaltung über die aktuelle Lage in den Krankenhäusern, Alten- und Pflegeeinrichtungen, Schulen und Gemeinschaftsunterkünften sowie in den Sozial-, Kultur- und Sportvereinen in MOL informiert zu werden. Die Abge-

ordneten interessierten sich außerdem für die Arbeit des Jobcenters sowie für die Sicherung des Gesundheitsschutzes und der Fahrangebote des Öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis. Und sie wollten wissen, wie der Stand im Finanzhaushalt aussieht: Mehrausgaben, Einnahmeausfälle, Erstattungen durch Bund und Land?

Des Weiteren brachte DIE LINKE in den Kreisausschuss ein, die Verrechnung der Elternbeiträge für zurzeit nicht genutzte Schülerfahrten im kommenden Schuljahr von der Kreisverwaltung prüfen zu lassen. Zudem setzten sich die Fraktionsmitglieder für die schnellstmögliche Freigabe des vom Kreistag beschlossenen Zuschusses für die Musikschule „Hugo



Distler“ in Höhe von 25 000 Euro ein. Wie zahlreiche Kultureinrichtungen hat auch diese Schule unter den Pandemiemaßnahmen zu leiden.

Nach Ansicht der Linksfraktion sollten die Gremien des Kreistages, vor allem die Ausschüsse, schnell wieder zur Normalität zurückfinden, um ihrer demokratischen Mitbestimmung gerecht werden zu können. r. a.



Mitglieder der Linksfraktion im Landtag

Im Zusammenhang mit einem öffentlichen **Forderungskatalog für Kinder und Jugendliche** in der Corona-Krise erklärte Kathrin Dannenberg, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Brandenburger Landtag, am 29. April: „Wir erleben aktuell, dass die Hauptlast der Krise im Privaten getragen wird: Eltern müssen ihren eigenen Berufsalltag parallel zur Absicherung der Kinderbetreuung oder Beschulung organisieren. Wirtschaftliche Unsicherheiten durch Kurzarbeitergeld oder Arbeitslosigkeit belasten Familien zusätzlich. Wir lehnen die Privatisierung der Lasten der Corona-Krise ab und fordern einen Krisenzuschlag für alle Menschen in der Grundsicherung in der Höhe von 200 Euro pro Kopf und Monat. Außerdem setzen wir uns für die Einführung eines Krisen-Elterngeldes ein, um Einkommensverluste von Eltern bei notwendig gewordener Kinderbetreuung

zu kompensieren.“ LINKE eine Sondersitzung im Wirtschaftsausschuss des Landtages Brandenburg am 28. April anberaumat. Doch die Regierungs-Koalition verweigerte den Solo-Selbstständigen die notwendige Unterstützung.

Stopp des Rüstungswahns

Es sei ein Offenbarungseid, Deutschland mit den größten Ausgabensteigerungen im Rüstungsbereich zur stärksten Militärmacht in Europa aufrüsten zu wollen, während in Krankenhäusern und Schulen nicht ausreichend Mund-Nasen-Schutz und Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt werden können, erklärte Sevim Dagdelen, Außenpolitikexpertin und abrüstungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag zum neuen SIPRI-Bericht Ende April. DIE LINKE fordert einen sofortigen Stopp des Aufrüstungswahns, stattdessen Investition in die öffentliche Daseinsvorsorge.

zu kompensieren.“

Soforthilfen für Solo-Selbstständige

Vielen Selbstständigen, Freischaffenden und Kleinstbetrieben in Brandenburg droht der Ruin, da die Soforthilfe des Landes nur noch zur Abdeckung der Betriebskosten ihres Unternehmens ausgezahlt wird, nicht aber zur Finanzierung des Lebensunterhalts. Deshalb hatte DIE

Corona und Linkspartei



Es hat sich in den letzten Wochen gezeigt, wie schnell Rechte der bürgerlichen Demokratie ohne spürbare Gegenwehr außer Kraft gesetzt werden können. Seitens der Linkspartei in Land und Bund wurden sämtliche administrativ verordneten Maßnahmen vom Kontaktverbot über die Schließung von Kindergärten und Schulen, Geschäften, Restaurants und Kultureinrichtungen bis hin zum Erlöschen der Versammlungsfreiheit autoritätsgläubig unterstützt und selbst vollzogen. Das ist bedenklich.

Ob die Maßnahmen im Hinblick auf die Bekämpfung der Corona-Pandemie verhältnismäßig und weise waren, ob sie wirklich erfolgreich sind und bleiben, wird sich erst in vielen Monaten, vielleicht sogar erst in Jahren herauskristalisieren. Zweifel sind angebracht. Die Auswirkungen des Shutdowns auf die Wirtschaft sind noch gar nicht abzuschätzen. Treffen wird ein globaler wirtschaftlicher Niedergang vor allem die Ärmsten der Armen dieser Welt.

Schon jetzt ist festzustellen, dass das Mittragen der Maßnahmen durch die offizielle Linkspartei, ohne diese zu hinterfragen, ein Fehler war. Die Linkspartei generiert sich in der Corona-Krise als „konstruktive“ Opposition, wo sie denn Opposition ist. Tatsächlich bedeutet das: Von den Re- ➔

Bürgerbüros

Bettina Fortunato (Mdl)

Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Geschäftsstellen

Kreisgeschäftsstelle MOL

www.dielinke-mol.de
E-Mail: info@dielinke-mol.de

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
E-Mail: frw@dielinke-mol.de
www.dielinke-frw.de

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de
www.dielinke-strausberg.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de

Öffnung der Büros der LINKEN im Mai

- **Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. MOL in Strausberg:** montags und mittwochs von 9 Uhr bis 12 Uhr
- **LinksTreff in Seelow:** dienstags von 9 Uhr bis 12 Uhr
- **Wahlkreisbüro von Bettina Fortunato in Seelow:** Montag bis Donnerstag von 9 Uhr bis 13 Uhr

Redaktionsschluss der nächsten Impulse: **1. Juni 2020**

Erscheinen der nächsten Impulse: **15. Juni 2020**

Lebendiger 1. Mai in MOL



In Märkisch-Oderland verteilten Genossinnen und Genossen vor ihrer Kreisgeschäftsstelle in Strausberg am 1. Mai rote Nelken, Luftballons sowie Informationsmaterialien der LINKEN. Damit machten sie auf Forderungen der Linkspartei für gerechte Löhne, gute Arbeit und soziale Sicherheit aufmerksam. „Ob im Gesund-

heitswesen, im Einzelhandel, in der Logistik oder in der Jugendhilfe – diejenigen, die nicht nur zurzeit die wichtigsten Aufgaben in der Gesellschaft schultern, verdienen eine entsprechende Anerkennung und Bezahlung“, unterstrich der Kreisvorsitzende, Niels-Olaf Lüders. (Bildmitte Foto). In Seelow forderten Mitglieder der LINKEN mit einem Banner am Eingang ihres LinksTreffs „Pflegekräfte danken, heißt Löhne erhöhen“. (Foto)



Gemeinwohloökonomie, was ist das?



Dr. Rolf Sukowski, Vorsitzender des linken Unternehmerverbandes OWUS, stellte im März auf Einladung des Vereins „alternativen denken“ Strausberg das Projekt Gemeinwohloökonomie vor. Erschienen waren Unternehmer und andere

Interessierte, die sich über nachhaltige Wirtschaftsmodelle informierten.

Die Gemeinwohloökonomie bedeutet eine nachhaltige Form des Wirtschaftens, welche auch unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen möglich ist. Unternehmen, die sich der Gemeinwohloökonomie verpflichtet fühlen, erstellen neben der normalen Finanzbilanz eine Gemeinwohloökonomie.

In dieser widerspiegeln sich Punkte wie:

- angemessene Bezahlung der Arbeitskräfte
- Mitbestimmung der Arbeitskräfte über Weg und Ziel des Unternehmens
- Einsatz nachhaltiger Rohstoffe
- ethische Kunden- und Lieferantenbeziehungen
- Beitrag zum Gemeinwesen.

Es habe sich gezeigt, Betriebe, die so vorgehen, seien u. a. sehr stabil und haben eine hohe Zufriedenheit ihrer Mitarbeiter.

Nach dem Vortrag entspann sich eine lebhaft Diskussion über diese Herangehensweise nachhaltigen Wirtschaftens. Einige Teilnehmer sagten zu, über eine Weiterverbreitung des Gedankenguts der Gemeinwohloökonomie und ihre Anwendung nachzudenken.

Lutz Amsel
Strausberg

Fortsetzung von Seite 3



Postfach

gierenden unterscheidet sie sich in Sachen Corona und Krisenbewältigung lediglich in Nuancen. Sie steht voll hinter dem von einer Handvoll Virologen entworfenen Bild der Pandemie – Stichwort: Drogen verlinkt auf den Webseiten der Linkspartei. Eigene Ansätze zum Umgang mit der Pandemie waren und sind nicht vorhanden oder werden nicht wirksam in die Öffentlichkeit transportiert.

Durch die Linkspartei werden in der Krise hauptsächlich monetäre Forderungen aufgestellt. Bevor eine linke Forderung jedoch öffentlich wahrnehmbar ist, ist sie auch schon von den Regierenden näherungsweise erfüllt. Zumindest auf dem Papier. Die Linkspartei erhält damit eine Tarnkappe, die vortrefflich funktioniert. Links wirkt, aber nicht sichtbar. Oder auch falsch.

Die Aufgabe einer Opposition ist es, Regierungsarbeit in all ihren Facetten zu hinterfragen. Das gilt gerade in Krisenzeiten. Es ist zu wünschen, dass die Linkspartei sich dieser Aufgabe wieder stellt. Ein schwaches Glimmen der linken Opposition ist zwischenzeitlich zu erkennen. Hoffentlich entwickelt sich daraus ein Feuer. Eine kleine Flamme wäre es, wenn die Linksfraktion im Bundestag sich für einen Untersuchungsausschuss stark macht, der das Versagen der Regierenden vor und während der Pandemie herausarbeitet.

Reimar Pflanz
Waldsiefersdorf

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

Vi.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, renate@adolph.de, **Layout u. Satz:** Fortunato Werbung, - www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat